

Putins 'Strategiezentrum'

Knabe, Bernd

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Knabe, B. (2000). *Putins 'Strategiezentrum'*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 27/2000). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45110>

Nutzungsbedingungen:

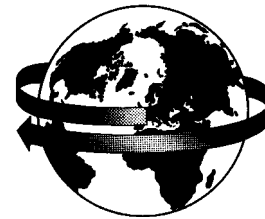
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 27/2000

5. Mai 2000

Putins "Strategiezentrum"

Zusammenfassung

Spätestens seit dem Amtsverzicht Boris Jelzins und der Beauftragung Wladimir Putins mit den Amtsgeschäften des Präsidenten wird in Rußland und im Ausland nach dem politischen Profil dieses "Newcomers" gefragt. Eine aufgrund der Dezemberwahl regierungsfreundliche Duma und ein neuer Präsident mit einem klaren Wählervotum bereits im ersten Wahlgang sind gute Voraussetzungen für eine neue Politik. Die von Putin Ende 1999 initiierte Gründung eines "Zentrums für strategische Ausarbeitungen" und dessen inzwischen vorliegenden ersten Arbeiten unterstützen Hoffnungen der Bevölkerung Rußlands auf eine Wende zum Besseren. Einige Besonderheiten des "Zentrums" und zahlreiche politische Entscheidungen Putins begründen dagegen, zumal vor dem Hintergrund von Reformerfahrungen in Rußland, eine gewisse Skepsis.

Die Gründung des "Zentrums für strategische Ausarbeitungen"

Mit den organisatorischen Vorbereitungen für die Einrichtung des "Zentrums für strategische Ausarbeitungen" scheinen Vertrauensleute Putins spätestens im November 1999 begonnen zu haben. Als Putin am 23. Dezember, nach der Dumawahl und eine Woche vor dem Amtsverzicht B. Jelzins, die neue Forschungseinrichtung der Öffentlichkeit vorstellte, dürften er und seine "Umgebung" bereits davon ausgegangen sein, daß der neue Präsident Rußlands Putin sein werde. Der erste stellvertretende Ministerpräsident, V. Christenko, stellte im Zusammenhang mit der Einrichtung des "Zentrums" fest, daß damit "keine formale, sondern eine wirkliche Erneuerung der Macht" symbolisiert werde. Welchen Stellenwert Putin dem neuen Forschungszentrum beimißt, sollte wohl auch durch die bei der Eröffnung anwesenden Politiker dokumentiert werden: die Chefs der wichtigsten Ministerien und Behörden sowie die früheren Ministerpräsidenten V. Tschernomyrdin und S. Stepaschin, daneben die früheren (stellvertretenden) Minister Je. Jasin, A. Lifschitz und S. Schatalow. Putin erklärte in seiner Ansprache, er wünsche sich das Zentrum als "einen intellektuellen Klub, an dessen Arbeit sich Menschen unterschiedlicher Ansichten beteiligen können." Außerdem machte er deutlich, daß sich für Experten eine Mitarbeit im Zentrum durchaus lohnen könnte: "Wenn alles gut läuft, kann sich das Zentrum in eine Kaderreserve der Regierung verwandeln." Im gleichen Gebäude wie das "Zentrum" wurde auch der offizielle Wahlkampfstab Putins unter Leitung von D. Medwedew untergebracht.¹

¹ Berichte über Putins Wahlkampfstab in: Kommersant-vlast', Nr. 7/2000, S. 5-7, über die Eröffnung des "Zentrums" in: Obščaja gazeta (im folgenden: OG), Nr. 51/1999, S. 1, 3, und Segodnja, 24.12.1999.

Auffällig ist, daß die drei Initiatoren der neuen Denkfabrik sämtlich aus Petersburg stammen: D. Mezenzew, der Präsident des Zentrums, war bereits 1996 mit Putin nach Moskau gekommen und dann zum stellvertretenden Chef des Staatskomitees für die Printmedien aufgestiegen, G. Gref folgte im August 1998 (als stellvertretender Minister für das Staatsvermögen) und D. Kosak im Frühjahr 1999 (zunächst stellvertretender Leiter der Präsidialadministration und dann Leiter des Regierungsapparats).² Gref wurde zum Vorsitzenden des Stiftungsrats des "Zentrums" (als weitere Mitglieder neben den Leitern der beteiligten Forschungsinstitute Je. Jasin, M. Usjakow und L. Okunkow) und Kosak zum Vorsitzenden des Kuratoriums ernannt, zu dessen Mitgliedern neben dem ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten M. Kasjanow die 13 Leiter wichtiger Ministerien sowie die Vorsitzenden der Staatskomitees für das Zollwesen und für den Bau- und Wohnungssektor berufen wurden.³ Die Forschungseinrichtungen, die bei der Entstehung des Zentrums Hilfestellung geleistet haben, stehen für unterschiedliche wissenschaftliche Schulen und politische Orientierungen. Es handelt sich um:⁴

- das Arbeitszentrum für Wirtschaftsreformen bei der Regierung (Direktor: W. Mau),
- das Institut für volkswirtschaftliche Prognostizierung der Russischen Akademie der Wissenschaften (Direktor: V. Iwanter),
- die Hochschule für Wirtschaft (im Rang einer Staatsuniversität) (Direktor: Ja. Kusminow),
- das Institut für Wirtschaftsanalyse (Direktor: A. Illarionow),
- das Institut für Gesetzgebung und vergleichende Rechtskunde bei der Regierung.

Mitarbeiter der "Politischen Redaktion" der Wochenzeitung "Moskovskie novosti" gingen bei ihrer Vorstellung des "Zentrums" davon aus, daß die eigentliche geistige Führerschaft bei der Hochschule für Wirtschaft und dem Institut für Prognostizierung sowie einem bislang kaum bekannten "Klub 2015" liege. Als Vertreter des Klubs im "Zentrum" wurde N. Kowarskij erwähnt. Der Klub, der Interessen des Big Business Rußlands vertritt, bemüht sich um die Herstellung konstruktiver Beziehungen zwischen Staat und Unternehmern sowie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und will mit solchen Bausteinen einen neuen Gesellschaftsvertrag für Rußland erarbeiten.⁵

Modalitäten der Unterbringung des "nichtkommerziellen" Zentrums im zentral gelegenen "Alexander-Haus" (Namengebung nach dem früheren Vorsitzenden der dort residierenden Bank "SBS-Agro", Alexander Smolenskij) und seine finanzielle Ausstattung sind bislang weitgehend unklar. Durch 1998 begonnene Manipulationen des "SBS"-Managements soll es gelungen sein, die Eigentumsrechte an diesem Gebäude (mit einem Schätzwert von 75 Mio. US-\$) einer Offshore-Firma zu übertragen, so daß es nach August 1998 nicht zur Konkursmasse der "SBS-Agro" gehörte. Der Bankier A. Smolenskij hat bei einem im November 1999 geführten Gespräch diesen Sachverhalt auf recht zynische Weise bestätigt. Zuständige Personen haben die von Reportern gestellte Frage nach einem Pacht- oder Mietvertrag des "Zentrums" nicht beantwortet.⁶ Mitgeteilt wurde, daß Firmengruppen

² Segodnja, 24.12.1999, S. 4; über D. Mezenzew weitere Informationen in: Kto est' kto v Sankt-Peterburge, Sankt-Peterburg 1999, S. 173 (Informationen über Gref und Kozak fehlen in diesem Nachschlagband). Ausführlich zur Biographie Grefs: Versija Nr. 7/2000, S. 6, und Nezavisimaja gazeta, Figury i lica, 16.3.2000 (elektr. Fassung). Es wird, unter Berufung auf Auskünfte einer "Föderalen Untersuchungsagentur", auf vier Kriminalfälle (im Kontext von Privatisierungen) hingewiesen, in die Gref seit Ende 1997 verwickelt sei. Hervorgehoben wird auch, daß Gref mit den anderen stellvertretenden Gouverneuren I. Artem'ev, Kozak und I. Klebanov die "progressistische" Fraktion der Stadtverwaltung gebildet habe.

³ OG, Nr. 51/1999, S. 3; Versija Nr. 7/2000, S. 7.

⁴ OG, Nr. 51/1999, S. 1. Kuz'minov war auch einer der Verfasser der "19 Thesen des Rates für Außen- und Sicherheitspolitik zu den strategischen Prioritäten der Wirtschaft Rußlands" (September 1999).

⁵ Als Vertreter des "Klub 2015" wurden erwähnt: A. Kozlov (früher stellvertretender Vorsitzender der Zentralbank), V. Preobraženskij (einer der Chefs von "Vypelkom") und V. Lopuchin (früher Minister für Brennstoffe und Energie) – Moskovskie novosti (im folgenden: MN), Nr. 6/2000, S. 11.

⁶ Über das "Alexander-Haus" vgl. MN, Nr. 6/2000, S. 11. Zwei Mitarbeiter der Moskauer "Novaja gazeta" sind zu der Schlußfolgerung gelangt, entweder sei auf A. Smolenskij Druck ausgeübt worden, einen Teil des Gebäudes für das "Zentrum" zur Verfügung zu stellen, oder aber ein korrekt entrichteter Pachtpreis werde aus einer "schwarzen Kasse"

bzw. "natürliche Monopole" größere Beträge – insgesamt "einige hunderttausend Dollar" – für die finanzielle Ausstattung des "Zentrums" zur Verfügung gestellt hätten. Nach in Moskau umlaufenden Gerüchten sollen kommerzielle Strukturen "einiger natürlicher Monopole" der Aufforderung Folge geleistet haben, "Gelder an die Kasse abzugeben". Erwähnt wurden das "Einheitliche Energiesystem Rußlands" (unter A. Tschubajs) und der Gasmonopolist "Gasprom" (unter R. Wjachirew), von Gref außerdem "Swjasinwest" (unter W. Jaschin) und "Transneft". Auch das Konsortium "Alfa" (unter M. Fridman und P. Awen) soll bereits sehr früh beteiligt gewesen sein.⁷

Tätigkeitsprofil des Zentrums

Als primäre Aufgabe des Zentrums wurde die Ausarbeitung einer langfristigen Strategie der Entwicklung des Landes (bis 2010) bezeichnet; eine entsprechende Verfügung hat Putin im Dezember 1999 erlassen. Bei diesem Vorhaben soll es sich nach den Worten von G. Gref um eine "völlig reale Perspektive" handeln, die von der Analyse der gegenwärtigen Lage und der Berücksichtigung "wirksamer Tendenzen" ausgehe. Auf der Grundlage dieses "nationalen Projekts" sollen dann "Regierungsprogramme für einzelne Richtungen und Branchen" erarbeitet werden. Als zeitlicher Rahmen aller derartigen Pläne ist das Jahr 2010 vorgegeben worden. Nach der Satzung soll das "Zentrum" sowohl für den Staat als auch für einzelne Föderationssubjekte mittelfristige Prognosen erarbeiten. Um das Ziel zu erreichen, bis September 2000 eine verbindliche Fassung vorzulegen, sollte bis Frühjahr ein Entwurf fertiggestellt werden. Zunächst kam die Arbeit an diesem Programm nur langsam voran, so daß sich Putin selbst einschaltete. Am 25. März, einen Tag vor der Präsidentenwahl, wies er die versammelten stellvertretenden Premierminister auf die Dringlichkeit der Fertigstellung hin. Nach einem Monat wurde dann der Öffentlichkeit eine "Strategie der Entwicklung Rußlands bis 2010" vorgestellt.⁸

Das Kuratorium unter D. Kosak soll "die Richtung der Arbeit bestimmen und Zwischenergebnisse billigen". Nach Darstellung von Gref informiert die Leitung des Zentrums Putin im Abstand von zwei Wochen über den Fortgang der Arbeiten. Eingerichtet wurden sieben Arbeitsgruppen, die von Regierungsbeamten geleitet werden. Erwähnt wurden Gruppen mit folgenden Schwerpunkten:⁹

- Aufbau des Staates (insbesondere die Vervollkommnung des öffentlichen Dienstes, neue Aufgaben und Struktur der Ministerien, Überprüfung der Prinzipien des Funktionierens der Exekutive und der Legislative, Stärkung des Rechtsschutzsystems allgemein und der Judikative im besonderen) unter Leitung von E. Renow (erster stellvertretender Justizminister);
- Politische Analyse (Sektor) unter Leitung von M. Mejer;
- Sozialpolitik
- Verteidigung und nationale Sicherheit
- Modernisierung der Wirtschaft und Finanzen unter Leitung von A. Swinarenko (stellvertretender Wirtschaftsminister)
- Internationale Politik und Stellung Rußlands in der Welt unter Leitung von A. Awdejew (erster stellvertretender Außenminister).

Neben den etwa 40 Mitarbeitern des Zentrums, die nach Aussage Grefs vor allem "liberalen Werten" und "gewaltlosen Methoden der Modernisierung Rußlands" verpflichtet seien, sollen Arbeitsaufträge

bezahlt, da die Putin gesetzlich zur Verfügung stehenden Wahlkampfmittel dafür nicht ausgereicht hätten – Nezavisimaja gazeta (im folgenden: NG), 20.3.2000 (elektr. Fassung).

⁷ Nach Darstellung Grefs haben "Investoren" ein Startkapital in genannter Höhe zur Verfügung gestellt: OG, Nr. 51/1999, S. 3. Über die Aufforderung zur Bereitstellung von Geldern: Versija, Nr. 7/2000, S. 7. Dem Mitarbeiter der "Tribuna", R. Tell, wurde bei einem Besuch des "Zentrums" versichert, kein einziger Oligarch befinde sich unter den Mäzenen (Tribuna, 3.2.2000, S. 2).

⁸ Eine Satzung des "Zentrums" erwähnt: Tribuna, 3.2.2000, S. 2. Berichte über das "Zentrum" in: OG, Nr. 51/1999, S. 3; FAZ, 4.1.2000; Versija, Nr. 7/2000, S. 7, sowie Izvestija, 28.4.2000 (elektr. Fassung).

⁹ OG, Nr. 51/1999, S. 3; Versija, Nr. 7/2000, S. 7.

auch von externen Instituten und Experten übernommen werden.¹⁰ Zu den Mitarbeitern gehörte von Anfang an auch der Wirtschaftswissenschaftler A. Illarionow, der sich Anfang der neunziger Jahre vom Anhänger zum dezidierten Gegner der Reformpolitik Je. Gajdars entwickelt hatte. Als die Redaktion der "Nezavisimaja gazeta" Anfang September 1999 einen "Runden Tisch" zum Thema "Das Wirtschaftsprogramm des künftigen Präsidenten" durchführte, war neben Ja. Kusminow und Je. Jasin auch Illarionow dabei. In seinem abschließenden Beitrag bezeichnete er einen funktionierenden Staatsapparat als unabdingbare Voraussetzung einer "vernünftigen Wirtschaftspolitik" – die gegenwärtige Wirtschaftskrise sei eine direkte Folge der vorhandenen staatlichen Strukturen. In den folgenden Monaten hat Illarionow konsequent die Ansicht vertreten, daß – unter der Voraussetzung institutioneller und struktureller Reformen – ein jährliches Wirtschaftswachstum von acht bis zehn Prozent erreichbar sei. Dieser Ansatz soll Putin dazu veranlaßt haben, sich für Illarionow als seinen "ökonomischen Chef guru" (A. Kolesnikow) zu entscheiden. Putin ernannte ihn, angeblich auf Vorschlag von A. Woloschin (Chef der Präsidialadministration) im April 2000 zu seinem Wirtschaftsberater – ob weiter in enger Anbindung an oder sogar als "Sprachrohr" des Zentrums, blieb dabei unerwähnt.¹¹

Bereits zum Zeitpunkt der offiziellen Eröffnung des Zentrums seien "zig Institute" um die Ausarbeitung von Vorschlägen für einzelne Abschnitte des Strategiepapiers gebeten worden, erwähnte Gref. In Form von Tages- oder Wochenseminaren werden im Zentrum, unter Heranziehung eingeladener Spezialisten, Themenkomplexe und Zwischenberichte diskutiert. Anfang April fand ein Seminar zur "Strategie der nationalen Sicherheit", konkret zur Endfassung der neuen Militärdoktrin Rußlands (am 21.4.2000 von Putin unterzeichnet) und zu der für Ende Mai angekündigten "Konzeption der Außenpolitik" statt. Dabei prallten die Ansichten von A. Kokoschin auf der einen und von S. Rogow und Ju. Balujewskij auf der anderen Seite in einer Grundfrage der weiteren Strategie Rußlands – "Integration" oder Selbst-"Isolierung" – diametral aufeinander. Aus dem teilweise veröffentlichten Stenogramm einer Diskussion zwischen W. Iwanter und Je. Jasin geht hervor, daß beide in zentralen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik entgegengesetzte Standpunkte vertreten. Zahlreiche Widersprüche in programmatischen Aussagen Putins führt die Journalistin N. Aleksejewa deshalb auch auf das "Prinzip der Genese von Putins Ideologie", genauer auf die Arbeitsweise des "Zentrums" zurück: "Es akkumuliert alle möglichen Vorstellungen über Taktik und Strategie der Entwicklung des Staates und versucht, daraus den optimalen Weg abzuleiten". Ein "Pressezentrum" soll kontinuierlich Auskünfte geben und für die Publizierung "aller Zwischenberichte" sorgen. Im Frühjahr wurde zunehmend deutlich, daß die Arbeitsweise des "Zentrums" keineswegs so transparent wie angekündigt war – Journalisten hatten erhebliche Probleme, Zugang zum Zentrum zu erhalten.¹²

Es ist davon auszugehen, daß es neben Putins "Millenniumsbotschaft" und seinem "Offenen Brief an die Wähler", die im wesentlichen von Mitarbeitern des Zentrums verfaßt sein sollen, weitere Dokumente des Zentrums für den Dienstgebrauch gibt. Zu den Aufgaben des "Zentrums" gehören auch die Erarbeitung von "Gesetzentwürfen" für die Regierung und von Redemanuskripten für Putin. Fallweise werden das Zentrum bzw. in seinem Auftrag agierende Experten auch mit operativen Aufgaben betraut. So sollen Mitarbeiter des Moskauer "Fonds für effektive Politik" zum Wahlkampfstab von W. Matwijenko nach Petersburg abgeordnet worden sein. Nachdem sie zur

¹⁰ Mitte Februar wurden in diesem Zusammenhang u.a. genannt: die Ökonomen A. Belousov, E. Gavrilencov, A. Nekipelov, A. Uljukaev und O. Vjugin; die Juristen M. Krasnov, V. Lapaeva, A. Maslov und R. Orechov; als Polit-Psychologen" A. Jurev und E. Šestopal; die Soziologen E. Baškurova und A. Oslon. Über Mitarbeiter des "Zentrums" und externe Experten: MN, Nr. 6/2000, S. 11.

¹¹ Betr. Illarionov: NG, 7.9.1999, S. 11 und 14.4.2000 (elektr. Fassung).

¹² Über die Arbeitsweise des "Zentrums": OG, Nr. 51/1999, S. 3; Tribuna, 3.2.2000, S. 2, und NG, 8.4.2000 (elektr. Fassung). Über das Seminar zu Fragen der Sicherheitspolitik: NG, 13.4.2000 (elektr. Fassung); über das erwähnte Stenogramm: MN, Nr. 6/2000, S. 11. Die Journalistin N. Alekseewa bezeichnete Ende Februar 2000 das "Zentrum" als eine "ziemlich geschlossene Struktur" (NG, 25.2.2000 – elektr. Fassung), wozu auch eine Beschreibung des rigorosen Kontrollsystems des "Alexander-Hauses" paßt: Kommersant-vlast', Nr. 7/2000, S. 5.

Überzeugung gelangt waren, daß die Politikerin keine Chancen hat, am 14. Mai zur Bürgermeisterin gewählt zu werden, wurde ihre Kandidatur zurückgezogen.¹³

"Wort und Tat" – was von Putin und seinem "Zentrum" zu erwarten ist

Nicht nur aufgrund seines Präsidentenamtes sondern auch als Folge seiner beruflichen Karriere hat Putin Zugang zu Institutionen, die Ausarbeitungen des Zentrums ergänzen, relativieren oder auch grundsätzlich in Frage stellen können. Das betrifft Forschungs- und Analyseinstitute der Nachrichtendienste, insbesondere des FSB, dessen Leitung Putin im August 1998 übertragen worden war, sowie ähnliche "Strukturen" des Sicherheitsrates, dessen Sekretär Putin von März bis August 1999 gewesen ist. Da es ihm gelungen war, als seine Nachfolger auf beide Posten loyal zu ihm stehende Personen ernennen zu lassen, kann sich Putin direkten Zugang zu den entsprechenden Ressourcen verschaffen. Hinzu kommen Einrichtungen der Präsidialadministration. So sind viele dem Aufruf Putins in einem seiner ersten Interviews als Premier (November 1999), Vorschläge zur Bewältigung der ökonomischen und politischen Probleme des Landes der Regierung zu übermitteln,¹⁴ nachgekommen. Als Informationsquellen stehen Putin außerdem Referate der Medianauswertung sowie von Eingaben der Bevölkerung zur Verfügung.

Der Wirtschaftswissenschaftler und Mitarbeiter des "Zentrums" M. Usjakow appellierte in einem Mitte April veröffentlichten Aufsatz an den "Staat", sich primär um die Erfüllung der Verpflichtungen zu kümmern, die im Interesse der Bevölkerung und des Business seien. Abschließend attestiert er Putin, sich bislang an die russischen Sprichwörter "Sieben mal messen – einmal abschneiden" und "Gesagt – getan" gehalten zu haben. Der Präsident habe bisher, trotz aller Versuche, Druck auf ihn auszuüben, die "Funktion des Hauptlobbyisten für die Interessen und Erwartungen des Volkes" erfüllt. Daraus könne, so Usjakow, die Hoffnung abgeleitet werden, daß das Wirtschaftsprogramm des "Zentrums" den Interessen des ganzen Volkes dienen werde.¹⁵

G. Gref hat Ende April 2000 einen ersten Entwurf der "Strategie der Entwicklung Rußlands bis 2010" der Öffentlichkeit vorgestellt. Erste Kommentare heben die vorherrschende Orientierung an Prinzipien des ökonomischen Liberalismus hervor: Deregulierung, gleiche Wettbewerbschancen für alle Wirtschaftssubjekte, Garantierung legal erworbener Eigentumsrechte. Durch den Umbau des politischen Systems, Stärkung der Rechtsordnung und eine Gerichtsreform soll ein funktionierender Staat geschaffen werden. Der Staat soll sich aus vielen Bereichen der Sozialpolitik zurückziehen und die Eigenverantwortung des Bürgers stärken. Auf der Basis eines neuen Gesellschaftsvertrags werde auch das Projekt "Zivilgesellschaft" vorankommen. In ersten russischen Stellungnahmen wurde angemerkt, daß das vorgelegte Dokument nur die Frage "Wie es sein müsse" beantworte, dagegen die Fragen "Was ist zu tun?" und "Wie kann man das machen?" nicht einmal stelle. Da es bislang keinerlei "ökonomische Taktik" gebe, sei auf absehbare Zeit auch keine klare "ökonomische Strategie" zu erwarten. Die Publizisten G. Bowt und Je. Krutikow erinnerten in diesem Zusammenhang daran, daß in der Geschichte Rußlands noch nie ein Programm erfüllt worden sei – alle Programme seien bei der Implementierung in das Koordinatensystem von "russischer Mentalität und Grundinstinkten der Staatsmacht" gescheitert.¹⁶

Trotz vieler Unklarheiten erlauben eine Reihe von Entscheidungen und Stellungnahmen, die seit August 1999 in Verantwortung Putins getroffen bzw. geäußert worden sind, Rückschlüsse auf Selbstverständnis und Absichten des neuen Präsidenten. Die bei Auslösung und Führung des zweiten Tschetschenienkrieges und beim Vorgehen gegen wirkliche und vermeintliche Terroristen deutlich gewordene "harte Hand"

¹³ Hinweis auf das Engagement des "Zentrums" für V. Matvienko im Petersburger Wahlkampf: NG, 10.3.2000 (elektr. Fassung), während es in einem späteren Bericht über ihren Verzicht auf die Kandidatur heißt, die Präsidialadministration habe Mitarbeiter des "Fonds für effektive Politik" mit den PR-Aktivitäten zugunsten von Matvienko beauftragt: OG, Nr. 14/2000.

¹⁴ Vek, Nr. 46/1999, S. 3.

¹⁵ NG, 13.4.2000 (elektr. Fassung).

¹⁶ Izvestija, 28.4.2000 (elektr. Fassung)

ist allgemein registriert, hinsichtlich der damit verbundenen Intentionen aber sehr unterschiedlich bewertet worden. Tatsächlich hat Putin seit seiner Berufung zum Ministerpräsidenten (August 1999) wiederholt deutlich gemacht, daß der Militärisch-industrielle Komplex allgemein und die Streitkräfte im besonderen in Putins Vorstellung eines stabilen und zukunftsorientierten Rußlands einen zentralen Stellenwert haben. Bereits in einem seiner ersten Interviews erklärte er unmißverständlich, daß "unsere wesentlichen Bemühungen und vorhandenen Ressourcen auf konkrete Bereiche konzentriert werden müssen ...Vor allem müssen die Hochtechnologien des Militärisch-industriellen Komplexes effektiver genutzt werden, in dem glücklicherweise auch hochqualifizierte Fachleute erhalten geblieben sind". Putin äußerte sich wenig später auch ausgesprochen positiv zu Bemühungen, konstruktive Beziehungen zwischen dem MIK (einschließlich Atomministerium und Russische Kosmosagentur) und dem Brennstoff- und Energie-Komplex herzustellen. Einer der Initiatoren dieser seit 1997 angestrebten "Interessengemeinschaft", S. Sulakschin, erklärte im November 1999, bei seinen darauf abzielenden Gesprächen mit Putin habe es "volles gegenseitiges Verständnis" gegeben. Mit einem seiner ersten Erlasse als amtierender Präsident setzte Putin am 31. Dezember die "Verordnung über die Vorbereitung der Bürger auf den Militärdienst" in Kraft, wodurch das bisherige Unterrichtsfach "Grundlagen der Sicherheit des Lebens" durch die aus sowjetischer Zeit bekannte "vormilitärische Ausbildung" ersetzt wird. Für Putins an den Interessen des Militärs orientierte Einstellung sprechen auch seine Teilnahme an Sitzungen der Kommission für Fragen der Rüstungsindustrie, das ungewöhnlich umfangreiche Einziehen von Reservisten und eine Weisung über die Einrichtung von Luftschutzräumen. Sehr deutlich sprach sich Putin für die Stärkung des Militärisch-industriellen Komplexes auf einer Veranstaltung in Selenograd (Februar 2000) und auf der "Gesamtrussischen Beratung der MIK-Beschäftigten" (März 2000) aus.¹⁷

Ein Ausblick

Einige Aufschlüsse über die in den nächsten Jahren zu erwartende Politik Putins sind von der Zusammensetzung des neuen Kabinetts zu erwarten, das Putin nach seiner offiziellen Amtseinführung am 7. Mai vorstellen wird. Entscheidend für die Realisierungsmöglichkeiten eines möglicherweise beabsichtigten "neuen Kurses" dürfte außerdem sein, ob nachhaltige Maßnahmen zur Herstellung einer effektiven staatlichen Verwaltung und einer funktionierenden Rechtsordnung durchgesetzt werden. Während die meisten Experten eine deutliche Straffung der staatlichen Verwaltung für möglich halten, sind die Auffassungen über die zu erwartende Wirtschaftspolitik sehr unterschiedlich. Es ist bemerkenswert, daß Putin zwar allgemein Entschluß- und Durchsetzungsfähigkeit attestiert wird, daß aber beispielsweise die meisten der im April von einer Moskauer Zeitungsredaktion befragten Experten als wahrscheinlichstes Szenario ein "Auf der Stelle treten" nannten.¹⁸

¹⁷ Das frühe Interview Putins in: Vek, Nr. 46/1999, S. 3; über Putins positive Einstellung zur Allianz zwischen MIK und Brennstoff- und Energiekomplex: Vek, Nr. 48/1999, S. 7. Betr. Wiedereinführung der vormilitärischen Ausbildung: Izvestija, 5.2.2000 (elektr. Fassung), Putins Äußerungen in Zelenograd und auf der "Gesamtrussischen Beratung": Nezavisimoe voennoe obozrenie, Nr. 10/2000 (elektr. Fassung) und Vek, Nr. 14/2000, S. 8.

¹⁸ OG, Nr. 14/2000 (elektr. Fassung).

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>

E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071

Bernd Knabe